

Sitzung des Landtages des Saarlandes  
Mittwoch, 6. Mai 2009

## **Regierungserklärung**

**des**

**saarländischen Ministerpräsidenten**

**Peter Müller**

**ENTSCHLOSSEN HANDELN – DIE KRISE MEISTERN**

**Zum Stand der Umsetzung des Konjunkturpakts Saar**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor drei Monaten habe ich an dieser Stelle die Maßnahmen der saarländischen Landesregierung zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise vorgestellt. Ich habe die Planungen der Landesregierung dargelegt, sowohl hinsichtlich der Umsetzung der Konjunkturmaßnahmen des Bundes im Saarland als auch hinsichtlich eigener landesspezifischer Maßnahmen, die wir mit denen des Bundes zu einem Konjunkturpakt Saar zusammengeführt haben.

Heute, drei Monate danach, möchte ich aus Sicht der saarländischen Landesregierung eine erste Zwischenbilanz ziehen. Eine Zwischenbilanz sowohl mit Blick auf die Entwicklung der Krise als auch mit Blick auf die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen zur Bewältigung und Abmilderung der Folgen der Krise.

### **Tiefgreifende Krise – unklare Perspektive**

Seit Beginn dieses Jahres hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise einen Verlauf genommen, der in seiner Dramatik von vielen Wirtschaftsinstituten und politisch Handelnden nicht erwartet wurde. Lagen die Wachstumsschätzungen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Dezember des vergangenen Jahres noch bei minus 0,5 Prozent, so prognostiziert das Frühjahrsgutachten dieser Institute nun einen Abschwung von 6 Prozent. Auch die Bundesregierung hat sich, nachdem sie im Januar noch einen Wachstumseinbruch von 2,25 Prozent vorausgesagt hatte, dieser Prognose angeschlossen. Ob diese Schätzungen eintreten, weiß zurzeit niemand. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass dieses Jahr das Jahr der schlimmsten Rezession wird, die wir seit Bestehen der Bundesrepublik jemals erlebt haben. In den fünf Jahren, in denen wir bisher eine Rezession in Deutschland verzeichnen mussten, ist die Wirtschaft niemals um mehr als ein Prozent geschrumpft. Der stärkste Wachstumsrückgang im Jahre 1975 im Zuge der Ölkrise, betrug gerade mal 0,9 Prozent. Das macht die Dramatik der heutigen Situation deutlich.

Ungewiss ist, wie lange uns diese Krise begleiten wird. Geht die Bundesregierung für das Jahr 2010 wieder von einem leichten Wachstum von 0,5 Prozent aus, so sind die Wirtschaftsforscher hier pessimistischer. Das Frühjahrsgutachten prognostiziert auch für das kommende Jahr einen weiteren Schrumpfungsprozess um 0,5 Prozent. Und man ist sich weitgehend einig, dass der Erholungsprozess nur langsam einsetzen und sich über mehrere

Jahre hinziehen wird. Erst im Jahre 2013 soll wieder das BIP-Niveau von 2008 erreicht werden.

Besonders von der Krise betroffen ist der Bereich der exportorientierten Industrie. So ist in der Automobilindustrie im Bereich der Personenkraftwagen der Export in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 38 Prozent und die Produktion in Deutschland um 33 Prozent gesunken. Dass gleichzeitig die Zahl der Neuzulassungen um 18 Prozent gestiegen ist, ist einzig und allein der Umweltprämie zu verdanken. Auch wenn es dabei manchen Mitnahmeeffekt gegeben haben mag: Die Umweltprämie hat wesentlich dazu beigetragen, Arbeitsplätze in der Automobilindustrie zu erhalten. Sie hat sich bewährt. Deshalb ist es gut und richtig, dass sie über das ursprünglich vorgesehene Maß verlängert und erweitert wurde. Im Bereich der Nutzfahrzeuge ist der Export gar um 62 Prozent und die Produktion um 58 Prozent eingebrochen. Im Maschinenbau sind die Aufträge aufgrund einer rückläufigen Auslandsnachfrage im Februar um 49 Prozent und im März wiederum um 35 Prozent gesunken. Insgesamt ist der Export in den Monaten Januar und Februar im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 23 Prozent zurückgegangen.

Die rückläufigen Exporte wirken binnenwirtschaftlich vor allem auf den Bereich der Investitionstätigkeiten der Unternehmen zurück, so dass insgesamt die Industrieproduktion in Deutschland im Januar um 7 Prozent und im Februar wiederum um 3,3 Prozent gesunken ist. Gegenüber dem Vorjahresstand beträgt der Rückgang mehr als 20 Prozent. Relativ stabil entwickeln sich lediglich das Bauhauptgewerbe und – bisher – der private Konsum. Offensichtlich wirkt der nachlassende Preisauftrieb ebenso wie die Tariflohnentwicklung stimulierend auf die Konsumnachfrage. Ob dies jedoch auch in den kommenden Monaten so bleibt, ist angesichts der Prognosen für den Arbeitsmarkt zumindest offen.

In den nächsten Wochen und Monaten ist mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu rechnen.

Bereits im März ist die normalerweise einsetzende Frühjahrsbelebung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgeblieben. Mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 69.000 auf fast 3,6 Millionen wurde erstmals der Vorjahresstand wieder überschritten. Im April ist die Arbeitslosigkeit nur geringfügig um 1.000 Arbeitslose zurückgegangen. Dabei ist ergänzend zu berücksichtigen, dass die hohe Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes die negativen Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt gegenwärtig noch erheblich abmildert.

Nach den übereinstimmenden Voraussagen der Bundesregierung und der Forschungsinstitute ist von einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit bis auf 4,6 beziehungsweise 4,7 Millionen

in 2010 auszugehen. Und ebenso, wie das Wachstum erst langsam wieder in Gang kommen wird, werden wir nach den Schätzungen der Institute erst nach einigen Jahren wieder das Beschäftigungsniveau des vergangenen Jahres erreichen.

### **Die Wucht der Krise hat auch das Saarland erfasst**

Da die saarländische Wirtschaft überdurchschnittlich exportorientiert ist, wird unser Land von der Wucht der Krise in vollem Maße erfasst. So lag in den ersten beiden Monaten des Jahres der Industrieumsatz um 28,7 Prozent niedriger als im Vorjahr. Der Auftragseingang in der saarländischen Industrie lag im Januar um 39,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Automobil- und Automobilzuliefererindustrie, die im Saarland einen doppelt so hohen Anteil an der Gesamtwirtschaft hat wie im Bund, musste im Januar einen Auftragsrückgang von 47 Prozent verkraften und rechnet mit Umsatzeinbußen von 20 bis 40 Prozent in diesem Jahr. Auch die Stahlindustrie als weitere Schlüsselbranche kann sich dem weltweiten Nachfragerückgang nicht entziehen. So fährt Saarstahl bereits seit Februar Kurzarbeit, und auch die Dillinger Hütte will dies für die kommenden Monate nicht ausschließen. In der Metall- und Elektroindustrie lagen die Umsätze bereits im letzten Quartal des Jahres 2008 um rund ein Drittel unter dem Vorjahreswert. Lediglich der Einzelhandel bescheinigt für die ersten Wochen des Jahres einen gleich bleibenden Konsum und geht davon aus, dies zumindest für das erste Halbjahr so halten zu können.

Entsprechend konnte sich der saarländische Arbeitsmarkt dieser Abwärtsdynamik nicht entziehen. Im April ist die Arbeitslosigkeit im Saarland um 611 auf 40.798 gestiegen. Demgegenüber lag die Arbeitslosigkeit im Dezember 2008 noch auf einem historischen Tiefstand von 34.580.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Arbeitslosigkeit von der Saar im April um 5,6 Prozent gestiegen. In Westdeutschland lag der Anstieg der Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum bei 8,3 Prozent. Das Saarland liegt bei der Arbeitslosenquote weiterhin auf Platz 5 aller Bundesländer.

Das heißt: Auch das Saarland ist von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Wir bewegen uns dabei aber parallel zur Entwicklung in den übrigen Bundesländern.

Dies ist keineswegs selbstverständlich. In der Vergangenheit war das Saarland von bundesweiten Abschwungphasen stets überdurchschnittlich betroffen. Sollte sich vor diesem Hintergrund die Prognose der IHK bewahrheiten, dass die Saarlwirtschaft in diesem Jahr nicht stärker einbrechen wird als der Bundesdurchschnitt, wäre dies der beste Beweis, dass es in den vergangenen 10 Jahren gelungen ist, den Strukturwandel in diesem Land erfolgreich zu bewältigen.

Da bekanntermaßen der Prophet im eigenen Land nichts gilt, erlaube ich mir eine Stimme von außerhalb des Landes zu zitieren. In einem ausführlichen Artikel des Handelsblatts vom 20.04.2009 beschreibt der Journalist Andreas Schulte unter der Überschrift „Mit breiter Brust in eine schwierige Zeit“ die Situation in unserem Land u.a. wie folgt:

„Das Saarland hat im Strukturwandel wichtige Etappenziele erreicht. Schlüsselunternehmen sind auf die Wirtschaftskrise gut vorbereitet .... Der Branchenmix ist ausgewogener als zu den Zeiten, in denen das Saarland fast ausschließlich von Kohle und Stahl abhängig war .... Im vergangenen Jahr war das Saarland mit einem realen Wachstum von 3,4 Prozent Spitzenreiter unter den Ländern ..... Die Position des Landes erscheint gefestigt.“

Dies ist eine realistische Situationsanalyse. Vor uns liegt eine schwierige Zeit. Es wäre unverantwortlich, Ausmaß und Dramatik der Krise zu beschönigen. Genauso unverantwortlich wäre es aber, den Kopf in den Sand zu stecken und in Selbstmitleid zu versinken. Die Krise wird uns viel abverlangen – aber : Das Land ist gerüstet. Jetzt kommt es darauf an, diese Ausgangslage zu nutzen und auf dieser Grundlage die Bewältigung der Krise anzupacken. Hierbei sind alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen gefordert.

### **Hoffnungsschimmer – aber keine Entwarnung**

Zweifellos gibt es in der derzeitigen Situation auch einige Lichtblicke. So scheint nach den aktuellen Konjunkturerhebungen der Abschwung zumindest an Dynamik und Schärfe zu verlieren. Sowohl für die Eurozone wie auch für Deutschland gilt, dass sich der Abschwung in der Privatwirtschaft abgeschwächt hat und die Geschäfte in der Industrie wie auch bei den Dienstleistern im März weniger geschrumpft sind als in den Monaten zuvor. Entsprechend zeigen auch die wichtigsten Konjunkturindizes erste Hoffnungsschimmer. Vor allem der ZEW-Index ist entgegen aller Erwartungen von minus 3,5 im März auf 13 Punkte im April angestiegen und liegt damit erstmals seit Juli 2007 wieder im positiven Bereich. Ursachen für

die leicht optimistischere Stimmung sind die Erwartungen an die Wirksamkeit der Konjunkturmaßnahmen und die geringe Inflation. Hinzu kommt, dass in den Unternehmen zunehmend die Lagerbestände aufgebraucht sind und Nachbestellungen notwendig werden.

Auch für das Saarland ist festzustellen, dass sich nach dem jüngsten IHK-Bericht die Geschäftslage der Unternehmen im April gegenüber März nicht weiter eingetrübt und die Konjunktur auf niedrigem Niveau stabilisiert hat. Positive Nachrichten gibt es aus der Ernährungswirtschaft, dem Verkehrsgewerbe, der IT-Branche, der Versicherungswirtschaft und dem Handel. Auch aus der Automobil- und Zuliefererindustrie kommen nicht nur negative Signale: Ford Saarlouis wird die im Januar beschlossene Kurzarbeit für Mai und Juni wegen der aktuell hohen Nachfrage rückgängig machen. Bei Michelin in Homburg hat sich die Nachfrage für LKW-Reifen für Mai gegenüber April verdoppelt, weshalb ein Ende der Kurzarbeit für den Monat Juli geplant wird. Und auch bei ZF hofft man trotz eines Umsatzrückganges von über 30 Prozent im ersten Quartal auf zusätzlichen wirtschaftlichen Erfolg durch die Produktion des neuen Achtgang-Automatik-Getriebes.

Gleichwohl wäre es grob fahrlässig, vor diesem Hintergrund bereits von einem Ende der Krise oder einer beginnenden Konjunkturbelebung zu sprechen. Im Gegenteil: Die tiefen Einbrüche im Umsatz und Produktion zahlreicher Unternehmen wirken fort. Die Auswirkungen werden in den nächsten Monaten deutlich virulenter, da die Puffer in den Unternehmen durch die Rückführung von Arbeitszeitkonten oder Kurzarbeit zunehmend ausgeschöpft sind. Natürlich gibt es keinen Grund, deswegen den sozialen Frieden infrage zu stellen oder sogar zu sozialen Unruhen aufzurufen. Notwendig ist stattdessen, alle verantwortbaren Möglichkeiten einzusetzen, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und bestehende Beschäftigung für die Zeit nach der Krise zu sichern.

### **Entschlossenes Handeln in der Krise: Konjunkturpaket Saar**

Die saarländische Landesregierung hat sich mit dem Konjunkturpaket Saar dieser Verantwortung gestellt. Grundlage ist – wie ich bereits im Januar ausgeführt habe – eine Drei-Säulen-Strategie:

1. Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes und der Liquidität wettbewerbsfähiger Unternehmen
2. Eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive

### 3. Das Investitionsprogramm Saar mit einem Gesamtvolumen von 258,5 Mio. Euro

Der Konjunkturpakt Saar stellt ein geschlossenes und breit angelegtes Konzept zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Krise dar. Die Maßnahmen des Bundes im Rahmen der Konjunkturpakete 1 und 2 sind – soweit sie das Saarland betreffen – in dieses Konzept integriert.

Die Wirksamkeit der einzelnen Elemente dieses Konzeptes ist dabei entscheidend abhängig von einer zügigen und umfassenden Umsetzung. Dies gilt insbesondere für den Bereich der investiven Maßnahmen. Die saarländische Landesregierung hat daher, wie ich nachfolgend darstellen werde, schnell, umfassend und gründlich gehandelt. Wir haben insbesondere bei der Umsetzung der Investitionsprogramme mittlerweile bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. In keinem Bundesland ist die Umsetzung der spezifischen Bund-Länder-Programme so weit gediehen, wie dies im Saarland der Fall ist. Dies zeigt: Wir handeln entschlossen und konsequent:

- zur Erhaltung von Arbeitsplätzen

- zur Unterstützung von Unternehmen und damit im Interesse

- der Menschen unseres Landes

#### **Umsetzung des Konjunkturpakts erfolgreich angelaufen**

Der Konjunkturpakt Saar ist ein in der Geschichte unseres Landes einzigartiger konjunkturpolitischer Kraftakt. Umso mehr ist die breite Unterstützung dieses Konzeptes zu begrüßen. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Wirtschaftsverbände ebenso wie die Vertreter der kommunalen Gebietskörperschaften haben im Rahmen der Saargemeinschaftsinitiative den Konjunkturpakt Saar einhellig unterstützt. Ich darf in diesem Zusammenhang den Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages Fritz Decker zitieren: „Das Saarland ist bei der Umsetzung des Konjunkturpakts vorbildlich.“ Sekundiert wird er vom Geschäftsführer Richard Nospers, der die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium als „bestens“ bezeichnet hat. Das ist ein gutes Zeugnis für die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Landesverwaltung und Landesregierung. Dafür herzlichen Dank.

Gleichzeitig möchte ich dieses Lob gerne zurückgeben. Alle Vertreter der kommunalen Ebene sowie der Landreistag, der Städte- und Gemeindetag, haben sich sachorientiert und konstruktiv über die Partei- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg in dieses Projekt eingebracht.

Das zeigt: In schwieriger Zeit ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Wir handeln so, wie wir es als Saarländer immer getan haben: Wenn's darauf ankommt, dann halten wir zusammen. Das wird uns helfen, die Krise in unserem Land zu bewältigen.

### **Investitionsprogramm Saar- zukunftsorientiert und kommunalfreundlich**

Zentraler Bestandteil des Konjunkturpakts Saar ist ein Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 258,5 Mio. Euro. Dieses besteht aus einem Bund-Länder-Programm in Höhe von 171,5 Mio. Euro und eigenen Landesprogrammen in Höhe von 87 Mio. Euro.

Dabei haben wir besonderen Wert darauf gelegt, dass der größte Teil dieser Investitionen unmittelbar den Kommunen zugute kommt. Berücksichtigt werden alle Kommunen unseres Landes – auch die finanzschwächeren Gemeinden. Allein aus dem Bund-Länder-Programm in Höhe von 171,5 Mio. Euro stehen drei Viertel der Gesamtsumme, also 128,6 Mio. Euro, den Kommunen zur Verfügung. Den im Programm vorgeschriebenen 25-prozentigen Eigenanteil der Kommunen haben wir in einer Weise flexibilisiert, dass er für besonders finanzschwache Kommunen bis auf 5 Prozent abgesenkt werden kann. Gleichzeitig haben wir die haushalts- und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen so gelockert, dass eine zügige Umsetzung des Programms gewährleistet ist. Damit gehört das Saarland zu den Flächenstaaten, die bei der Verteilung der Mittel über den im Bund-Länder-Programm empfohlenen 70-Prozent-Anteil der Kommunen weit hinausgehen. Neben den 128,6 Mio. Euro aus dem Bund-Länder-Programm fließen den Kommunen noch die Mittel aus dem „Winterprogramm kommunaler Straßenbau“ und aus dem „Infrastruktur- und Sanierungsprogramm“ zu. Damit tun wir weit mehr für die Kommunen, als es das Bund-Länder-Programm vorsieht.

Hinzu kommt die flexible Gestaltung des kommunalen Eigenanteils. Außer dem Land Sachsen, das diesen Eigenanteil ebenfalls bis auf 5 Prozent absenkt, sehen die meisten anderen Bundesländer eine Absenkung bis lediglich 10 oder 12,5 Prozent vor beziehungsweise bieten den finanzschwachen Kommunen sogar nur eine zinslose Vorfinanzierung des 25-Prozent-Eigenanteils an. Unser Weg ist mit Sicherheit der bessere, weil er die Belastung finanzschwacher Kommunen tatsächlich reduziert, anstatt sie nur in die Zukunft zu verlagern. Ein besonderer Service für die Kommunen ist auch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die unmittelbare und unbürokratische Hilfestellung während des Antragsverfahrens leistet. In anderen, vor allem in den größeren Bundesländern werden die Mittel den Kommunen global zur Verfügung gestellt. Die Abwicklung des Programms und die Einhaltung der bundesrechtlichen Vorgaben erfolgt dabei in alleiniger Verantwortung der Kommunen. Wir

wollen stattdessen nicht den Weg der getrennten Verantwortung, sondern der Weg der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gehen – sicherlich die vorzugswürdige Alternative.

### **Bund-Länder-Programm**

Bei dem Bund-Länder-Programm zur Stärkung kommunaler Investitionen ist die Abstimmungsphase abgeschlossen. Knapp 600 Maßnahmen der Kommunen sind gemeldet worden. Die Beratung der Maßnahmen durch Koordinierungsstelle und Lenkungsausschuss ist in Einvernehmen mit den Kommunen abgeschlossen. 474 Maßnahmen in allen saarländischen Kommunen sind ausgewählt und die Kommunen in der vergangenen Woche entsprechend benachrichtigt worden. Der vorzeitige Baubeginn ist dabei generell per Richtlinie bereits genehmigt. Jetzt werden die Kommunen die konkreten Förderanträge einreichen; die Genehmigungen werden nach einer Schlüssigkeitsprüfung zügig erteilt werden. Die Projekte können jetzt also zeitnah soweit erforderlich ausgeschrieben, vergeben und umgesetzt werden. Damit liegen wir bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms bundesweit an der Spitze. 313 der 474 Maßnahmen entfallen auf den Bildungsbereich. Betroffen hiervon sind 185 Schulen (107 Grundschulen, 34 Erweiterte Realschulen, 9 Gesamtschulen, 16 Gymnasien, 11 Förderschulen und 8 berufliche Schulen) mit einem Investitionsvolumen von insgesamt über 95 Millionen Euro. Hinzu kommen Maßnahmen an 34 Kindergärten und Kindertagesstätten mit einem Investitionsvolumen von 6,7 Millionen Euro. Dabei ist das Prinzip der Trägerneutralität konsequent beachtet worden. Die Landesregierung weiß um die Bedeutung und schätzt das Engagement freier Träger im Schul- und Vorschulbereich. Deshalb haben wir in Abstimmung mit den Kommunen dafür Sorge getragen, dass ein erheblicher Teil der Mittel freien Trägern zufließt.

Was die Infrastrukturprojekte betrifft, so werden hier einschließlich des kommunalen Eigenanteils knapp 60 Millionen Euro in die Bereiche der kommunalen Substanzerhaltung, der energetischen Gebäudesanierung, des Städtebaus, Denkmalschutzes und der Dorfentwicklung wie auch des Lärmschutzes bei Gemeindestraßen investiert.

Alles in allem fließen in diesem und im nächsten Jahr einschließlich des kommunalen Eigenanteils knapp 160 Millionen Euro an Investitionen in die Kommunen. Davon versprechen wir uns nicht nur wesentliche konjunkturelle Impulse. Vielmehr werden diese Investitionen einen Modernisierungs- und Erneuerungsschub auslösen mit weitreichenden Auswirkungen für den Umweltschutz, für die Bildung, für die Kinderbetreuung, für das ehrenamtliche Engagement

in den Vereinen, für die Bausubstanz: Kaum ein Bereich, der nicht von diesen Maßnahmen profitieren wird.

Auch bei den Landesprojekten, die ich in meiner letzten Regierungserklärung im einzelnen erläutert habe, laufen die Vorbereitungen nach Plan. Noch in diesem Jahr werden die Arbeiten beginnen.

### **Investitionsprogramm Hochbau**

Gut voran geht es auch beim Investitionsprogramm Hochbau. Es hat einen Umfang von 40 Millionen Euro und wird ausschließlich aus Landesmitteln finanziert. Auf der Maßnahmeleiste stehen nunmehr fast 200 Projekte. Dabei reicht das Spektrum von Förderschulen über Behördengebäude bis hin zur Universität. Der Baubeginn für das erste Vorhaben, der Umbau des Theaters Überzwerg, ist bereits am 2. April erfolgt. Bei vielen weiteren wird in Kürze mit dem Bau begonnen. Möglich ist dies durch eine professionelle Bauherrenstruktur, die Nutzung externer Kapazitäten sowie die Änderung bei den Vergaberichtlinien und den haushaltsrechtlichen Vorschriften und deren konsequente Anwendung. Zur Förderung des regionalen mittelständischen Handwerks fährt das Finanzministerium die Linie des möglichst weitgehenden Splittings von Aufträgen in kleine Lose. Damit erreichen wir eine breite Streuung im Land; in der Folge können viele Unternehmen am Konjunkturpaket partizipieren.

### **Infrastruktur- und Sanierungsprogramm**

Weitere konjunkturfördernde Maßnahmen werden durch das Infrastruktur- und Sanierungsprogramm angestoßen. So sind für die energetische Modernisierung saarländischer Krankenhäuser 5 Millionen Euro vorgesehen. Insgesamt 19 Kliniken haben inzwischen 27 Maßnahmen beantragt. Wir stellen sicher, dass ein Großteil der Fördermittel noch in diesem Jahr abfließen. Da die Träger zusätzlich zu den Mitteln des Konjunkturpaketes Eigenmittel aufbringen müssen, werden in diesem Umfeld Investitionen im Umfang von 11,7 Millionen Euro ermöglicht.

Konkrete Fortschritte gibt es bei den Sanierungsmaßnahmen in Werkstätten für Behinderte. Ein großer Teil der insgesamt zur Verfügung stehenden 5 Millionen Euro kommt der Lebenshilfe Obere Saar für deren Werkstatt in Bübingen zu gute. Durch die im Konjunkturpaket beschlossene Ausweitung des „Demographiewohnprogramms“ um eine Million Euro konnten

bis Ende April landesweit 595 Bescheide erteilt werden; hierfür wenden wir 1,7 Millionen Euro an Fördermitteln auf. Durch diese Förderung werden Investitionen in Höhe von 6,5 Millionen Euro ermöglicht. Altersgerechtes Wohnen und ein Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung werden gefördert – ein Gewinn an Lebensqualität für viele Menschen in unserem Land.

Eine landesspezifische Besonderheit ist der Ansatz für denkmalgeschützte und sakrale Bauten. Wir haben diesen Ansatz bewusst gewählt, weil hier die Möglichkeit besteht, Multiplikatoreffekte zu erzielen, zusätzliche private Investitionen zu erschließen und gleichzeitig einen Beitrag zur Erhaltung wichtiger historischer Bausubstanz im Land zu erreichen.

### **Kommunales Straßenbauprogramm „Beseitigung von Winterschäden“**

Zur Beseitigung von Winterschäden an Straßen stellt das Land den Kommunen insgesamt 8 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel werden dabei proportional nach der Länge der jeweiligen Gemeindestraßen vergeben. Jede Kommune wird von diesem Programm profitieren. Hauptnutznießer ist die Landeshauptstadt Saarbrücken, der rund 1,05 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Auch insoweit sind alle Voraussetzungen zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen geschaffen. Die Förderbescheide an die Kommunen sind unterwegs oder bereits eingetroffen. Vielerorts werden demnach bald die Sanierungsarbeiten beginnen. Auch insoweit können durch die erleichterten Vergabemöglichkeiten erhebliche Beschleunigungseffekte erzielt werden. Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass in den nächsten Wochen und Monaten eine Vielzahl von Investitionsvorhaben in unserem Land umgesetzt werden können. Das erhöht die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Zugleich werden damit erhebliche Beschäftigungseffekte, insbesondere im Bereich der saarländischen Bauwirtschaft und des Handwerks erreicht. Mit dem Investitionsprogramm können daher wichtige Beiträge zur Bewältigung der aktuellen Krise geleistet werden.

### **Sicherung des Bestands und der Liquidität wettbewerbsfähiger Unternehmen**

Neben den dargestellten Investitionsmaßnahmen unternimmt die Landesregierung alles in ihrer Macht stehende, um die Folgen der Wirtschaftskrise für die Menschen im Saarland abzumildern. Dies gilt auch mit Blick auf Sicherung von Bestand und Liquidität wettbewerbsfähiger Unternehmen. Der angekündigte „Runde Tisch Kreditversorgung der Saarwirtschaft“ ist eingerichtet. Hinzu kommen zahlreiche auf einzelne Unternehmen bezogene Aktivitäten zur Vermeidung von Kreditklemmen.

Die Landesregierung ist fest entschlossen, den Bürgschafts- und Garantierahmen für Darlehen und Beteiligungen an saarländischen Unternehmen bedarfsgerecht auszuschöpfen. Land und SIKB haben ihr Bürgschaftsvolumen auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro in diesem und nächsten Jahr erhöht. Schon jetzt wird deutlich: Mit diesem Instrument kann der Bestand und die Liquidität wettbewerbsfähiger Unternehmen gesichert werden. Bislang wurden insgesamt Landesbürgschaften mit einem Volumen von 23,5 Millionen Euro gewährt. Diese dienen der Sicherung von rund 1.800 Arbeitsplätzen. Zu erwarten ist, dass Zahl und Volumen der Bürgschaften in den nächsten Monaten wesentlich ansteigen werden. Die Landesregierung ist jedenfalls darauf vorbereitet und wird auch in Zukunft gemeinsam mit der SIKB den Betrieben schnell und unbürokratisch zur Seite stehen.

Der bisweilen geforderte „Schutzschirm für Unternehmen“ insbesondere im Bereich der KMU's ist also bereits errichtet. In jedem Einzelfall besteht – bei günstiger Prognose – die Bereitschaft, die Instrumente innerhalb des vorhandenen Bürgschafts- und Garantierahmens einzusetzen.

### **Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive**

Darüber hinaus verfolgt unsere Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive in Kombination mit bereits vorhandenen Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit und des ESF das Ziel, Arbeitsplätze vor allem in Klein- und Mittelunternehmen (KMU) zu sichern und die Phase der Kurzarbeit für die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten zu nutzen. Damit wollen wir den Schutzschirm für Unternehmen durch einen Schutzschirm für Arbeitsplätze ergänzen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat von Januar 2009 bis März 2009 insgesamt 234 Unternehmen im Saarland beraten. Von Januar 2009 bis März 2009 haben 12 Unternehmen einen Antrag auf Qualifizierung ihrer Beschäftigten gestellt; in diesem Zeitraum waren insgesamt 235 Personen zur Förderung vorgesehen. Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es hier in aller Offenheit: Diese Zahlen erscheinen bescheiden. Denn: Das Saarland ist mit mehr als 40.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Kurzarbeit weit überdurchschnittlich betroffen. Dabei ist die Tatsache, dass das Saarland im Bereich der Kurzarbeit eine Spitzenquote aufweist, keineswegs nur negativ zu bewerten. Im Gegenteil: Dies dokumentiert die Bereitschaft saarländischer Unternehmen, auch in Zeiten der Krise ihre Stammbeschaften zu halten. Dies ist sicherlich zu begrüßen.

Zugleich sollte aber die Zeit der Kurzarbeit zur Qualifizierung genutzt werden. Wir wollen stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind. Dies setzt zusätzliche Qualifizierung voraus. Insofern besteht Nachholbedarf. Bereits jetzt können wir auf erfolgreich angelaufene Qualifizierungsprojekte verweisen. Die Landesregierung schickt zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit speziell geschulte Qualifizierungsberater in die Unternehmen, die diese über die Möglichkeiten passgenauer Verbindungen von Kurzarbeit und Qualifizierung informieren und bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei der Zeitarbeitsbranche gelten. Schon heute stehen für die Beratung der Unternehmen 20 Berater zur Verfügung, weitere Berater werden derzeit akquiriert. Der Berater-Pool setzt sich zusammen aus professionellen Unternehmensberatern und Senior-Beratern, die bis vor kurzem Personalverantwortung in saarländischen Unternehmen getragen haben. Die saarländische Landesregierung begrüßt ausdrücklich die angestrebte Ausdehnung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate. Gerade vor diesem Hintergrund ist die Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung in besonderer Weise geboten.

### **Fazit:**

Alles in allem bleibt festzuhalten: Die Umsetzung des Konjunkturpakts Saar ist in vollem Gange. Alles spricht dafür, dass auf eine erfolgreiche Startphase eine ebenso erfolgreiche Umsetzungsphase folgt. Natürlich sind die weitere Entwicklung der Krise und ihre Auswirkungen im Saarland nur begrenzt durch landespolitische Maßnahmen zu beeinflussen. Selbstverständlich sind globale und regionale Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Dies entbindet aber nicht von der Wahrnehmung regionaler Verantwortung.

Insoweit hat das Saarland in den vergangenen 3 Monaten seine Hausaufgaben gemacht. Kein Bundesland ist bei der Umsetzung konjunkturstützender Maßnahmen weiter als das Saarland. Alle Verantwortlichen haben getan, was in ihrer Macht stand. Wir sind weiter als andere – das ist eine gute Nachricht im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen in unserem Land.

Gerade wir Saarländerinnen und Saarländer haben in unserer Geschichte immer wieder Krisen erlebt und bewältigt. Wir haben Zeiten des Abschwungs kennen gelernt und Zeiten des Aufschwungs, Zeiten des Umbruchs und Zeiten der Kontinuität. Aber immer, wenn's drauf ankam, haben wir zusammengehalten, Vernunft gewahrt und Verantwortung getragen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir es auch in diesen Zeiten genauso halten werden. Wenn uns das gelingt – da bin ich mir ganz gewiss – werden wir am Ende gestärkt aus der Krise hervorgehen.